

Einführung in das Bürgerliche Recht

Grundkurs für Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

von
Prof. Dr. Eugen Klunzinger

15., überarbeitete und erweiterte Auflage

Einführung in das Bürgerliche Recht – Klunzinger

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen zum BGB, allgemeine Fragen zum Zivilrecht – Recht für Wirtschaftswissenschaftler – Recht](#)

Verlag Franz Vahlen München 2011

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 3864 2

beck-shop.de

Vahlens Handbücher
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

beck-shop.de

beck-shop.de

**Einführung in das
Bürgerliche Recht**

Grundkurs für Studierende der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

von

Dr. Eugen Klunzinger

Professor
an der Universität Tübingen

15., überarbeitete und erweiterte Auflage

Verlag Franz Vahlen München

beck-shop.de

VERLAG
VAHLEN
MÜNCHEN
www.vahlen.de



Zu diesem Titel
gibt es unter www.vahlen.de
für Dozenten die Grafiken
des Buches zum Download.

ISBN 9783800638642

© 2011 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz und Druck: Graphischer Betrieb Bercker GmbH & Co.KG
Hooge Weg 101, 47624 Kevelaer

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Der Erfolg beginnt mit dem Anfang!

beck-shop.de

Vorwort zur 15. Auflage

„Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen“ war der Leitspruch der 14. Auflage. Dieser Satz von Aristoteles war als Ermunterung für alle Studierende gedacht, die zu Beginn ihres Studiums den Grundkurs im Privatrecht besuchen und eine Klausur im Bürgerlichen Recht schreiben müssen. Für die schon ein Jahr danach erforderliche Neuauflage soll dieser Gedanke fortgeführt werden: „Der Erfolg beginnt mit dem Anfang!“

Das gilt ganz besonders für das Studium des Rechts. Entscheidend ist auch hier ein gelungener Einstieg. Eine in vielen Jahren gesammelte Vorlesungs- und Prüfungserfahrung haben mir immer wieder gezeigt, dass viele Studierende sich schwertun, weil sie die Materie ineffektiv und unökonomisch anpacken. Dabei ist oft gar nicht der mangelnde Wille die Ursache. Nicht wenige überkommen Blockierungsängste und tun sich schwer, wenn sie vor dem sich im Verlauf des Studiums rasch vergrößernden Berg des Lernstoffes stehen. Deshalb sollte man es zu diesem studentischen Krisenzustand von Anfang an erst gar nicht kommen lassen und deshalb ist der Anfang für den Erfolg so wichtig!

Den Anfang beim Einstieg in das Bürgerliche Recht will dieses Buch auch in der nunmehr 15. Auflage dem Leser mit didaktischen Hilfestellungen ermöglichen und erleichtern. Es wurde unter Berücksichtigung der gesetzgeberischen Novellierungen aktualisiert und an zahlreichen Stellen immer im Bemühen ergänzt, für den Leser von Anfang an ein aufmunternder Studienbegleiter zu sein.

Dank schulde ich für verlässliche Mitarbeit bei der Fertigstellung der Neuauflage meiner Sekretärin Ingrid Ott sowie Frau Aranja Sandner.

Für Hinweise und Verbesserungsvorschläge an meine E-Mail-Adresse eugen.klunzinger@jura.uni-tuebingen.de bin ich auch weiterhin dankbar. Das in meinen Tübinger Vorlesungen abgegebene Versprechen, zu Kaffee und Kuchen einzuladen, wer zwei verwertbare Vorschläge macht, gilt auch weiterhin.

Vorwort zur 13. Auflage

Es ist ein besonderes Anliegen des Verfassers und zugleich auch der Grundgedanke dieser Lehrbuchreihe, Studierenden an Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Fortbildungseinrichtungen in der beruflichen Weiterbildung ein bestimmtes Rechtsgebiet rasch und verständlich nahe zu bringen. Auch die nunmehr 13. Auflage bleibt in ihrer Konzeption dieser Linie treu. Sie ist aktualisiert und an zahlreichen Stellen insbes. im Bereich der Rechtsgeschäftslehre, dem Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und im Kaufrecht erweitert, verbessert und vertieft, auch in der Absicht, das didaktische Bemühen weiter zu unterstreichen. Auf die im jeweiligen Vorwort der vorigen Auflagen gemachten Bemerkungen und empfohlenen Verhaltensregeln im Studium wird nachdrücklich verwiesen.

In den BGB-Vorlesungen ist es zuweilen nicht möglich, den gesamten Stoff in der erforderlichen Breite abzuhandeln, geschweige denn mit dem Auditorium in einen intensiven Diskurs einzutreten. Das führt beim Dozenten zu der Ungewissheit, ob die von ihm vorgetragene Materie den Studenten bleibend erreicht hat. Auf der Gegenseite ist die Befürchtung nicht unbegründet, dass nicht wenige Studenten dem Irrglauben anheim fallen, was man angesichts eines heute üblich gewordenen Scripts schwarz auf weiß nach Hause tragen kann, sei schon die Garantie für den Lern- und Prüfungserfolg. Diese Diskrepanz mit dem vorliegenden Lehrbuch überbrücken zu helfen, ist mit ein wesentliches Motiv des Verfassers auch bei dieser Auflage.

Seit einigen Jahren habe ich der jeweiligen Neuauflage einen Leitspruch vorangestellt. Manchmal banal, mitunter sarkastisch, meist provokativ. Mit einem Anflug der Resignation wurde Shakespeare bemüht: „The first things we'll do is kill all lawyers“ und mit Bezugnahme auf Jean Giraudoux und seiner Meinung, man trainiere die Phantasie „am besten durch juristische Studien“, da „kein Dichter jemals die Natur so frei ausgelegt (habe)“ die im Vergleich zu den exakten Wissenschaften der Jurisprudenz anhaftende Unwägbarkeit beklagt (Standardfloskel „es kommt drauf an“ mit dem Endergebnis „zwei Juristen, drei Meinungen“). Schließlich wurden in der Vorauflage die Eleven Justitias mit dem banalen Spruch, wonach „ein Blick in das Gesetz manchen Zweifel beseitigt“, aufgefordert, sich zunächst einmal mit den vorhandenen Grundlagen zu beschäftigen.

Dies alles bleibt auch bei nicht ausdrücklicher Wiederholung gültig und soll durch Nachfolgendes ergänzt werden: Wie ein Maler (normalerweise) sein Kunstwerk mit einfachen Strichen beginnt, auf dass er es letztendlich durch Verästelungen, Verfeinerungen und farbliche Brillanz der Vollendung zuführt, so sollte auch der Student jeden Schritt mit Bedacht und wohl überlegt gehen – vom Grundsätzlichen zum Speziellen, vom Einfachen zum Schwierigen, auf dass auch ihm schließlich ein akzeptables Oeuvre gelingen möge. Wenn zu dem dafür erforderlichen Fleiß auch die (zumin-

dest mittlere, vielleicht auch nur spezielle) Intelligenz hinzukommt, kann dem Erfolg eigentlich nichts mehr im Wege stehen. Der Schreiber dieser Zeilen ist sich bewusst, dass er mit den vorgenannten Worten die Stilrichtungen der Malerei nur unvollendet erfasst. Allein: Die moderne Kunst mag mit den überkommenen Regeln brechen und das Gegenständliche verlassen mit dem Effekt, dass der durchschnittliche Kunstbetrachter das Werk nicht mehr durch sich selbst, sondern erst durch eine mitgelieferte Handreichung erschließen kann, um den Zugang zu den Gedankengängen des Künstlers zu erhalten. So sehr dies die Kunstszenen der Moderne entzücken mag, so wenig ist es als Vorbild für die Kunst der Rechtsanwendung geeignet. Es hilft alles nichts: Die angehenden Juristen müssen die speziellen rechtswissenschaftlichen Vorgegebenheiten akzeptieren und sich insoweit den geltenden Spielregeln unterwerfen. Dieses Lehrbuch will dabei eine Hilfestellung geben.

Tübingen, Sommersemester 2007

Eugen Klunzinger

Vorwort zur 12. Auflage

Es mag eine Binsenweisheit sein, aber eben doch eine „Weisheit“, dass jedes Ergebnis seine Ursache(n) hat, auch der Erfolg bzw. der Misserfolg. Gleichfalls eine Binsenweisheit ist, dass die Examensnote über Lebenschancen (mit)entscheidet. Umso mehr in einer Zeit, in der ein akademisches Studium nicht mehr mit einem Passierschein für den adäquaten Einstieg in das Berufsleben abschließt.

Welche Folgerungen sind daraus abzuleiten? Zumindest auch die Erkenntnis, dass ein von Anfang an konzentriertes und konstantes Arbeiten bessere (Studien-/Examens-) Ergebnisse erwarten lässt. Oft fehlt es dabei gar nicht so sehr am Willen, meist auch nicht an der Fähigkeit dazu. Nicht selten sind es banale Dinge, mit denen sich der Anfänger schwer tut. Wer in einem Studium Leistung bringen will, muss zuerst einmal Lernen lernen.

Dieses Buch will dem Studenten dabei helfen. Die vielen positiven Zuschriften haben mich darin bestärkt, die zugrundeliegende Konzeption und den Stil der Darstellung beizubehalten. Der Text will den Studenten unmittelbar ansprechen; sein Interesse soll geweckt werden und erhalten bleiben; nicht dass er nach zehn Seiten nicht mehr weiß, was er fünf Seiten zuvor gelesen hat. Dabei ist sich der Verfasser der Tatsache bewusst, dass die Kunst der Vereinfachung oft schwieriger ist, als die der Komplikation. Aber: Was nützt die Perfektion, wenn sie unerreichbar bleibt? Schon manches Genie ist an dieser Erkenntnis gescheitert.

Deshalb definiert dieser Grundriss klar seine Aufgabe: Er will den Studenten an den Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Institutionen der Berufsförderung einen raschen und eingängigen Einstieg in die Materie, so wie sie in den Prüfungsordnungen definiert ist, ermöglichen.

Aus dem Vorwort zur 11. Auflage (2002)

Aller Anfang ist schwer, auch beim Jurastudium. Dies gilt vor allem für die Kerndisziplin der Rechtswissenschaft, dem Bürgerlichen Recht, welches für jeden Studienanfänger eine hohe Hürde darstellt, unabhängig davon, ob Jura im Hauptfach belegt wird oder nur als Nebenfach oder von Teilnehmern an Weiterbildungsveranstaltungen. Mag das Paragraphenzeichen auch für viele Menschen eine abschreckende Wirkung ausüben und nicht wenigen sogar als mittelalterliches Folterwerkzeug erscheinen, die Vermittlung des Paragrapheninhalts durch Dozenten und Autoren sollte derartige Vorurteile und Befürchtungen nicht bestätigen. Das vorliegende Buch bemüht sich darum und will jedem Handreichung und Wegbegleiter sein, der den Zugang zur Rechtswissenschaft sucht.

Vielen Studenten fällt es in der heutigen Zeit der Massenuniversität schwer, sich auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts in das Studium hineinzufinden. Gerade ihnen möchte der vorliegende Grundriss eine Hilfestellung geben. Wichtig ist, dass jeder Studierende zunächst Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten erlangt, die ihn befähigen, Grundzusammenhänge zu erkennen, um bei Bedarf auch theorieintensivere Problemstellungen der Zivilrechtsdogmatik zu bewältigen. Erst kommt der Rohbau und dann der Innenausbau. Oder aus studentischer Sicht formuliert: Nur wer den Normalfall lösen kann, ist auch dem Problemfall gewachsen. Denn was nützt Aladin der Geist, wenn er nicht weiß, wie er ihn aus der Lampe bekommt? Wie soll der Prinz das Dornröschen wachküssen, wenn er kein Schwert hat, mit dem er sich den Weg durch die Dornen bahnen kann? Dabei möchte ich auf das bei den Studienhinweisen in diesem Buch Gesagte ausdrücklich verweisen. Gerade für den Anfänger, der ein geordnetes Studium beabsichtigt, gilt: Alles zu seiner Zeit und an seinem Platz!

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1987)

Der vorliegende Grundriss dient einem pädagogischen Zweck: Er möchte solchen Lesern den „Einstieg“ in das bürgerliche Recht erleichtern, die zu Beginn oder im Verlauf ihres Studiums bzw. im Rahmen der Berufsforschung eine „Grundausbildung in Rechtswissenschaft“ absolvieren und sich im Anschluss daran einer schriftlichen und/oder mündlichen Prüfung unterziehen müssen. Angesprochen sind damit Studienanfänger der Rechtswissenschaft sowie Studierende wirtschaftswissenschaftlicher und anderer Disziplinen, die juristische Vorlesungen nur im Nebenfach besuchen.

Das didaktische Grundaufgehen bedingt Kompromisse. So ist es in diesem Rahmen weder möglich noch unbedingt erforderlich, den Stoff bis in alle theoretischen Verästelungen abzuhandeln. Auch wurde bewusst auf einen umfangreichen Anmerkungsapparat verzichtet. Ziel musste bleiben, dem Leser den Zugang zur Materie zu verschaffen, ihm die unverzichtbaren Grundbegriffe, Grundprinzipien und Grundzusammenhänge des materiellen Rechts zu erläutern. Wer sich als Student bzw. Berufsangehöriger wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen an den Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Kammern einen Überblick über die „wirtschaftlich relevanten Partien des Bürgerlichen Rechts“ verschaffen will, wird sich im Wesentlichen auf die ersten drei Bücher des Bürgerlichen Gesetzbuches beschränken. Im Verlauf des juristischen Studiums zwingt dies zur Anschaffung von drei bis vier Lehrbüchern mit zusammengerechnet mehreren 1000 Seiten. Dies von dem eingangs angesprochenen Personenkreis zu diesem Zeitpunkt zu verlangen, wäre illusorisch. Aus diesem Grunde umfasst der vorliegende Grundriss die den ersten drei Büchern des BGB zugrundeliegenden Rechtsgebiete (Allgemeiner Teil, Allgemeines und Besonderes Schuldrecht sowie die Grundzüge des Sachenrechts).

Wiederum mit Rücksicht auf den ins Auge gefassten Personenkreis versucht die Darstellung, den Leser durch Arbeitsanleitungen, Lernhinweise, Wiederholungs- und Verständnisfragen sowie durch Beispiele, Zusammenfassungen und graphische Mittel zum ständigen Mitarbeiten und Reptieren anzuleiten. Es ist ein besonderes Anliegen des Verfassers, mit derartigen „Textauflockerungen“ dem Leser entgegenzukommen. Übersichten und Skizzen sollen dem Studenten helfen, die jeweiligen Lernschritte abzuschätzen und zu bewältigen, das eben Gelesene und Erlernte zu rekapitulieren und zu speichern, um ihm so durch permanente Lernkontrolle einen gesicherten Kenntnisstand als Voraussetzung für den Studien- und Ausbildungserfolg zu verschaffen.

Der Grundriss basiert in weiten Teilen auf Vorlesungen und Übungen, die der Verfasser über Jahre hinweg an der Universität Tübingen und anderen Bildungseinrichtungen abgehalten hat.

Besonders verwiesen sei auf die dem eigentlichen Text vorangestellten Studienhinweise, die der Verfasser nicht nur vor dem Durcharbeiten des Buches, sondern auch zwischendurch immer wieder zur geflissentlichen Lektüre empfiehlt!

Inhaltsübersicht

Teil I: Einführung

§ 1	Begriff, Funktionen und Erscheinungsformen des Rechts	1
§ 2	Rechtsgrundlagen des bürgerlichen Rechts	8
§ 3	Rechtsanwendung und Rechtsdurchsetzung	14

Teil II: BGB – Allgemeiner Teil

1. Kapitel: Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

§ 4	Die Rechtssubjekte	27
§ 5	Das subjektive Recht	38
§ 6	Die Rechtsobjekte	54

2. Kapitel: Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre

§ 7	Rechtsgeschäftliches Handeln	62
§ 8	Die Willenserklärung	65
§ 9	Das Rechtsgeschäft	77
§ 10	Der Vertrag	83

3. Kapitel: Wirksamkeitsvoraussetzungen des Rechtsgeschäfts

§ 11	Die Geschäftsfähigkeit	111
§ 12	Die Form des Rechtsgeschäfts	121

4. Kapitel: Mangelhafte Rechtsgeschäfte

§ 13	Inhaltliche Grenzen privatautonomer Gestaltungsformen	129
§ 14	Willensmängel	141
§ 15	Aufrechterhaltung nichtiger Rechtsgeschäfte	158

5. Kapitel: Zusätzliche Wirksamkeitsvoraussetzungen bei Rechtsgeschäften

§ 16	Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte	162
§ 17	Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	167

6. Kapitel: Rechtsgeschäftliches Handeln für Dritte

§ 18	Die Stellvertretung	173
§ 19	Vertretung ohne Vertretungsmacht	187
§ 20	Grenzen der Vertretungsmacht	190

Teil III: BGB – Allgemeines Schuldrecht

§ 21	Funktionen und Systematik des Schuldrechts	195
------	--	-----

1. Kapitel: Begriff und Arten des Schuldverhältnisses

§ 22	Das Wesen des Schuldverhältnisses	200
§ 23	Arten der Schuldverhältnisse	205

2. Kapitel: Inhalt des Schuldverhältnisses

§ 24	Die Leistungspflicht	211
§ 25	Der Leistungsgegenstand	217
§ 26	Zeit und Ort der Leistung	225

§ 27 Leistung durch Dritte	230
§ 28 Leistung an Dritte	232
§ 29 Der Vertrag zugunsten Dritter	233
§ 30 Die Zurückbehaltung der Leistung	241
§ 31 Schadenersatz	245
3. Kapitel: Beendigung des Schuldverhältnisses	
§ 32 Die Erfüllung	261
§ 33 Erfüllungssurrogate	265
4. Kapitel: Leistungsstörungen im Schuldverhältnis	
§ 34 Die Unmöglichkeit	277
§ 35 Der Verzug des Schuldners	294
§ 36 Die positive Vertragsverletzung	302
§ 37 Verschulden beim Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	310
§ 38 Der Gläubigerverzug	315
5. Kapitel: Mehrheit von Schuldndern und Gläubigern im Schuldverhältnis	
§ 39 Gläubigermehrheit	329
§ 40 Schuldnermehrheit	331
6. Kapitel: Gläubiger- und Schuldnerwechsel	
§ 41 Die Forderungsübertragung	335
§ 42 Die Schuldübernahme	341
 Teil IV: BGB – Besonderes Schuldrecht	
§ 43 Funktion und Systematik des Besonderen Schuldrechts	347
1. Kapitel: Veräußerungsverträge	
§ 44 Der Kauf	351
§ 45 Die Schenkung	409
2. Kapitel: Gebrauchsüberlassungsverträge	
§ 46 Die Miete	415
§ 47 Sonstige Gebrauchsüberlassungsverhältnisse	428
3. Kapitel: Dienstleistungen	
§ 48 Der Dienstvertrag	436
§ 49 Der Werkvertrag	442
§ 50 Sonstige Dienstleistungsverhältnisse	456
4. Kapitel: Sonstige Leistungsversprechen	
§ 51 Die Bürgschaft	461
§ 52 Schuldverhältnisse zur Klarstellung von Verbindlichkeiten	466
§ 53 Gewagte Verträge	469
§ 54 Wertpapierrechtliche Grundformen	470
5. Kapitel: Gesetzliche Schuldverhältnisse	
§ 55 Die Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	472
§ 56 Die ungerechtfertigte Bereicherung	478
§ 57 Die unerlaubte Handlung	492

Teil V: BGB – Sachenrecht

1. Kapitel: Allgemeine Lehren

§ 58 Der Regelungsbereich des Sachenrechts	521
§ 59 Grundprinzipien des Sachenrechts	524

2. Kapitel: Besitz und Eigentum

§ 60 Der Besitz	529
§ 61 Inhalt und Schutz des Eigentums	537
§ 62 Der rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb	546
§ 63 Sonstige Formen des Eigentumserwerbs	556

3. Kapitel: Sonstige dingliche Rechte

§ 64 Allgemeine Regeln	563
§ 65 Nutzungsrechte	567
§ 66 Sicherungsrechte	570

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Lern- und Studienhinweise	LI

Teil I: Einführung

§ 1 Begriff, Funktionen und Erscheinungsformen des Rechts	1
I. Recht als Ordnungsfaktor	1
1. Recht als staatlich durchsetzbare Verhaltensordnung	1
2. Recht, Sitte, Sittlichkeit	1
II. Erscheinungsformen des Rechts	2
1. Einteilung nach Sachgebieten	2
a) Öffentliches und privates Recht	2
b) Materielles Recht und Prozessrecht	3
2. Einteilung nach der Entstehungsform	4
a) Geschriebenes Recht	4
b) Ungeschriebenes Recht	4
3. Einteilung nach der Möglichkeit privatautonomer Gestaltung	4
a) Zwingendes Recht	5
b) Nachgiebiges Recht	5
4. Einteilung nach der Einräumung von Ermessensspielräumen bei der Rechtsanwendung	7
a) Strenges Recht	7
b) Billiges Recht	7
§ 2 Rechtsgrundlagen des bürgerlichen Rechts	8
I. Rechtsquellen des bürgerlichen Rechts	8
1. Das Bürgerliche Gesetzbuch	8
a) Entstehungsgeschichte	8
b) Inhaltliche Gliederung	9
c) Grundlinien des BGB	11
2. Bürgerlich-rechtliche Nebengesetze	11
3. Europäisierung des Bürgerlichen Rechts	12
II. Sonstige Rechtsquellen des privaten Rechts	12
§ 3 Rechtsanwendung und Rechtsdurchsetzung	14
I. Tatbestand und Rechtsfolge	14
1. Gesetzliche Tatbestandsmerkmale	14
2. Rechtsfolgen	14
II. Die Subsumtionstechnik	16
1. Das Auffinden der passenden Rechtsnorm	17
2. Auslegung, Analogie, Umkehrschluss	17
a) Auslegung	17
b) Umkehrschluss bzw. Analogie	17
III. Gutachten und Urteil	19
1. Die unterschiedlichen Ausgangspunkte	19
2. Urteilstil und Gutachtenstil	20

IV. Der Aufbau nach Anspruchsgrundlagen.....	20
1. Aufbereitung des Sachverhalts	21
2. Aufsuchen der Rechtsgrundlagen	22
3. Subsumtionsfrage stellen	22
4. Liegen Gegenrechte vor?	22
5. Klassischer Fallaufbau	22
 Teil II: BGB – Allgemeiner Teil	
1. Kapitel: Rechtssubjekte und Rechtsobjekte	
§ 4 Die Rechtssubjekte	27
I. Begriff und Arten der Rechtssubjekte	27
1. Wesensmerkmale	27
2. Arten	27
3. Motive für die Gründung von juristischen Personen	29
a) Organisations-Konzentration	29
b) Haftungsbeschränkung	29
c) Weitere Motive	31
II. Die natürliche Person	32
1. Der Mensch als Rechtsträger	32
2. Der Mensch als Handelnder	33
a) Die Geschäftsfähigkeit	33
b) Die Deliktsfähigkeit	34
3. Der Mensch als Schutzobjekt	35
4. Unternehmer und Verbraucher	35
III. Die juristische Person	36
1. Die Entstehung der juristischen Person	36
2. Die Handlungsfähigkeit der juristischen Person	37
a) Rechtsgeschäftliches Handeln	37
b) Deliktsliches Handeln	37
§ 5 Das subjektive Recht	38
I. Begriff des subjektiven Rechts	38
II. Arten und Einteilung der subjektiven Rechte	39
1. Absolute und relative Rechte	39
a) Absolute Rechte	39
b) Relative Rechte	39
2. Einteilung subjektiver Rechte nach dem Inhalt der durch sie vermittelten Befugnis	41
a) Persönlichkeitsrechte	41
b) Herrschaftsrechte	42
3. Die Ansprüche	43
4. Gestaltungsrechte	44
5. Gegenrechte	44
III. Durchsetzung subjektiver Rechte	44
1. Inanspruchnahme der Gerichte	44
2. Eigenmächtige Rechtsdurchsetzung	44
a) Selbsthilfe	44
b) Notwehr	45
c) Notstand	45
IV. Grenzen subjektiver Rechte	46
1. Das Schikaneverbot	46
2. Verbot des Rechtsmissbrauchs	46
3. Die Verwirkung	47
V. Zeitliche Grenzen der Rechtsausübung	47
1. Zweck und Wirkung der Verjährung	48

Inhaltsverzeichnis

XIX

2. Verjährungsfristen	48
a) Regelmäßige Verjährungsfrist	50
b) Weitere Verjährungsfristen des Allgemeinen Teils des BGB	50
3. Beginn und Ablauf der Verjährungsfrist	50
a) Beginn und Höchstfristen bei der regelmäßigen Verjährungsfrist	50
b) Beginn anderer Verjährungsfristen	52
4. Hemmung und Neubeginn der Verjährung	52
a) Hemmung der Verjährung	52
b) Neubeginn der Verjährung	53
§ 6 Die Rechtsobjekte	54
I. Das Rechtsobjekt als Oberbegriff	54
II. Sach- und Rechtsgesamtheiten	54
1. Sachgesamtheiten	55
2. Rechtsgesamtheiten	55
a) Das Vermögen	55
b) Das Unternehmen	56
III. Die Sachen	56
1. Vertretbare und nicht vertretbare Sachen	57
2. Verbrauchbare und nicht verbrauchbare Sachen	58
3. Bestandteile	58
a) Begriff des wesentlichen Bestandteils	58
b) Erweiterung des wesentlichen Bestandteils bei Grundstücken	59
c) Scheinbestandteile	59
4. Das Zubehör	59
5. Nutzungen	60
2. Kapitel: Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	
§ 7 Rechtsgeschäftliches Handeln	62
I. Menschliches Handeln als Rechtsfolgenvoraussetzung	62
II. Der Grundsatz der Privatautonomie	62
III. Rechtsformen privatautonomer Gestaltung	63
IV. Abgrenzung zu anderen Erscheinungsformen	63
1. Die rechtsgeschäftähnliche Handlung	63
2. Realakte	64
3. Unerlaubte Handlungen	64
4. Gefälligkeitsverhältnisse	64
§ 8 Die Willenserklärung	65
I. Wesensmerkmale der Willenserklärung	66
1. Definition	66
2. Begriffsmerkmale	66
a) Der Erklärungstatbestand	66
b) Das Willensmoment	66
3. Schweigen als Willenserklärung	68
a) Bedeutung des Schweigens	68
b) Schweigen und „stillschweigendes“ Verhalten	70
c) Vereinbarungen über den Bedeutungsgehalt des Schweigens	70
II. Arten der Willenserklärung	70
1. Einteilung nach der Art der Willensäußerung	70
a) Ausdrückliche Willenserklärungen	71
b) Stillschweigende Willenserklärungen	71

2. Einteilung nach der Notwendigkeit der Äußerung	
gegenüber dem Erklärungsgegner	72
a) Empfangsbedürftige Willenserklärungen	72
b) Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	72
3. Einteilung nach der Anwesenheit des Erklärungsgegners	72
a) Willenserklärungen unter Anwesenden	72
b) Willenserklärungen unter Abwesenden	72
III. Wirksamwerden von Willenserklärungen	72
1. Wirksamwerden nicht empfangsbedürftiger Willenserklärungen	73
2. Wirksamwerden empfangsbedürftiger Willenserklärungen	73
a) Willenserklärungen unter Abwesenden	73
b) Willenserklärungen unter Anwesenden	75
c) Zugang bei Erklärungen gegenüber Mittelpersonen	75
IV. Auslegung von Willenserklärungen	76
§ 9 Das Rechtsgeschäft	77
I. Der Begriff des Rechtsgeschäfts	77
1. Definition	77
2. Die Willenserklärung als Kern des Rechtsgeschäfts	77
3. Weitere Tatbestandserfordernisse	78
II. Einteilung der Rechtsgeschäfte	78
1. Einteilung nach Sachgebieten	78
a) Bürgerlich-rechtliche Rechtsgeschäfte	78
b) Rechtsgeschäfte außerhalb des BGB	78
2. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	79
a) Einseitige Rechtsgeschäfte	79
b) Mehrseitige Rechtsgeschäfte	79
3. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	80
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	80
a) Verpflichtungsgeschäfte	80
b) Verfügungsgeschäfte	80
5. Kausale und abstrakte Rechtsgeschäfte	80
a) Kausale Geschäfte	81
b) Abstrakte Geschäfte	81
c) Das Abstraktionsprinzip	82
§ 10 Der Vertrag	83
I. Begriff und Funktion des Vertrags	83
1. Wesensmerkmale	83
2. Die Vertragsfreiheit	83
a) Abschlussfreiheit	83
b) Inhaltsfreiheit	87
c) Bindungswirkung des Vertrags	87
II. Der Abschluss des Vertrags	87
1. Das Angebot	87
a) Die Wesensmerkmale des Angebots	87
b) Aufforderung zur Abgabe eines Angebots	87
c) Bindung an das Angebot	88
d) Tod oder Geschäftsunfähigkeit	88
e) Erlöschen des Angebots	89
f) Modifizierte Annahme	89
2. Die Annahme	89
a) Wesensmerkmale	89
b) Zugang der Annahmeerklärung	89
c) Die Annahmefrist	90

Inhaltsverzeichnis

XXI

d) Verspätete Annahmeerklärungen	90
e) Modifizierte Annahmeerklärungen	91
f) Schweigen auf ein Angebot	91
g) Sozialtypisches Verhalten	92
3. Dissens beim Vertragsabschluss	93
a) Offener Dissens	93
b) Versteckter Dissens	95
III. Vertragsschluss bei Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	95
1. Begriff	95
2. Bedeutung und Funktion von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	96
a) „Recht der Wirtschaft“	96
b) Funktion	96
c) Verbraucherschutz	96
3. Wirkungsweise von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	97
a) Bezugnahme beim Vertragsschluss	97
b) Sonderregelung für Unternehmer	97
c) Abwehrklauseln	98
d) Vorausvereinbarungen	99
e) Überraschungsklauseln	99
f) Unklarheitenregel	101
4. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	101
a) Generalklausel	101
b) Einzelne Klauselverbote	103
c) Der gesetzliche Katalog unwirksamer Klauseln	104
5. Besonderheiten bei Verbraucherträgen	108
6. Weitere Modifikationen des Anwendungsbereiches	108
a) Versorgungswirtschaft	109
b) Familien- und Gesellschaftsrecht	109
c) Arbeitsrecht	109
7. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit	109
3. Kapitel: Wirksamkeitsvoraussetzungen des Rechtsgeschäfts	
§ 11 Die Geschäftsfähigkeit	111
I. Die Geschäftsunfähigkeit	111
1. Der betroffene Personenkreis	111
a) Geschäftsunfähigkeit aus Altersgründen	111
b) Geschäftsunfähigkeit wegen krankhafter Störung der Geistesfähigkeit	111
2. Rechtsfolgen	112
a) Willenserklärungen des in § 104 BGB genannten Personenkreises	112
b) Willenserklärungen gleichgestellter Personen	112
c) Geschäfte des täglichen Lebens	112
II. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	113
1. Der betroffene Personenkreis	113
2. Rechtsfolgen	113
a) Zustimmungsfreie Rechtsgeschäfte	113
b) Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte	117
III. Die Einschränkung der Handlungsfähigkeit Volljähriger	119
§ 12 Die Form des Rechtsgeschäfts	121
I. Funktionen des Formzwangs	121
1. Die Warnfunktion	121

2. Die Aufklärungsfunktion	122
3. Die Beweisfunktion	122
II. Die verschiedenen Formtypen	122
1. Schriftform	122
a) Gesetzliche Schriftform	122
b) Rechtsgeschäftliche Schriftform	124
2. Öffentliche Beglaubigung	124
3. Notarielle Beurkundung	125
III. Rechtsfolgen bei Formverstößen	125
1. Nichtigkeitsfolgen	125
a) Beweissicherung	125
b) Aufhebung der gewillkürten Schriftform	126
2. Gültigkeit trotz mangelnder Form	126
a) Heilung von Formverstößen	126
b) Einschränkung der Formnichtigkeit durch Treu und Glauben	126
4. Kapitel: Mangelhafte Rechtsgeschäfte	
§ 13 Inhaltliche Grenzen privatautonomer Gestaltungsformen	129
I. Gesetzliche Verbote	129
1. Auslegung des Normzwecks	130
a) Missbilligung des Inhalts	131
b) Missbilligung der äußeren Umstände des Geschäftsabschlusses	131
2. Umgehungsgeschäfte	131
3. Praktische Anwendung	132
a) Zwingendes Recht	132
b) Einzelrechtsprechung	132
c) Korrektur durch Treu und Glauben	133
II. Veräußerungsverbote	134
1. Absolute Veräußerungsverbote	135
2. Relative Veräußerungsverbote	135
a) Gesetzliche Veräußerungsverbote	135
b) Behördliche Veräußerungsverbote	135
3. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote	136
III. Sittenwidrigkeit	136
1. Begriff der guten Sitten	136
2. Fallgruppen	137
a) Monopolmissbrauch	137
b) Knebelungsverträge	137
c) Gläubigerbenachteiligung	137
d) Schmiergeldverträge	137
e) Verstoß gegen Standespflichten	138
f) Steuerhinterziehung	138
g) Bürgschaftsverpflichtungen	138
h) Verleiten zum Vertragsbruch	138
3. Das wucherische Geschäft	138
a) Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	138
b) Ausnutzung der besonderen psychischen Situation des Geschäftspartners	140
4. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	140
§ 14 Willensmängel	141
I. Die Interessenlage	141
1. Regel-Ausnahmeprinzip	143
2. Anfechtbarkeit als Vernichtbarkeit	143

3. Schadenersatzpflichten	143
4. Minimalbestandteile der Willenserklärung	143
a) Fehlender Handlungswille	143
b) Erklärungsbewusstsein	143
c) Geschäftswille	144
II. Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	144
1. Geheimer Vorbehalt	145
a) Einseitiger Vorbehalt	145
b) Erkannter Vorbehalt	145
2. Das Scheingeschäft	145
a) Nichtigkeit des Scheingeschäftes	145
b) Gültigkeit des verdeckten Geschäfts	146
3. Die Scherzerklärung	146
a) Nichtigkeit der Scherzerklärung	146
b) Schadenersatzpflichten	147
III. Unbewusste Divergenz zwischen Wille und Erklärung (Irrtum)	147
1. Die Anfechtungsgründe	148
a) Der Inhaltsirrtum	148
b) Der Erklärungssirrtum	149
c) Der Übermittlungsfehler als Sonderfall	149
d) Irrtum bei der Willensbildung	149
e) Der beiderseitige Irrtum	152
f) Fehlendes Erklärungsbewusstsein	152
2. Weitere Voraussetzungen der Irrtumsanfechtung	152
a) Anfechtbares Rechtsgeschäft	153
b) Kausalität	153
c) Anfechtungserklärung	153
d) Anfechtungsfrist	153
3. Rechtsfolgen der Irrtumsanfechtung	153
a) Nichtigkeit	153
b) Schadenersatzpflicht	154
IV. Verwerfliche Beeinflussung bei der Abgabe einer Willenserklärung	155
1. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	155
a) Vorliegen einer Täuschungshandlung	155
b) Kausalität	156
c) Problem der Drittäuschung	156
2. Anfechtung wegen rechtswidriger Drohung	156
a) Begriff der Drohung	156
b) Kausalität	156
c) Rechtswidrigkeit	157
3. Anfechtungsfrist	157
§ 15 Aufrechterhaltung nichtiger Rechtsgeschäfte	158
I. Heilung von Formmängeln	158
1. Grundsatz	158
2. Heilung durch Erfüllung	159
II. Die Umdeutung	159
1. Grundsatz	159
2. Voraussetzungen	159
III. Die Bestätigung	160
1. Grundsatz	160
2. Wirkungszeitpunkt	160
IV. Aufrechterhaltung bei Teilnichtigkeit	160
1. Folgen der Teilnichtigkeit	160

2. Ausnahmen der Teilnichtigkeit	160
a) Gesetzliche Ausnahmen	160
b) Abweichende Vereinbarungen	161

5. Kapitel: Zusätzliche Wirksamkeitsvoraussetzungen bei Rechtsgeschäften

§ 16 Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte	162
I. Bedingte Rechtsgeschäfte	162
1. Begriff der Bedingung	163
2. Arten	163
a) Aufschiebende Bedingung	163
b) Auflösende Bedingung	164
3. Bedingungsfeindliche Rechtsgeschäfte	164
4. Echte und unechte Bedingung	164
5. Rechtsfolgen der Bedingung	165
a) Eintritt und Ausfall der Bedingung	165
b) Bedingungsvereitelung	165
c) Verfügungen während der Schwebzeit	166
II. Befristete Rechtsgeschäfte	166
1. Funktion der Befristung	166
2. Arten der Befristung	166
3. Einzelheiten	167
§ 17 Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	167
I. Die Interessenlage	167
1. Aufsichtsrechte Dritter	167
2. Eingriff in fremde Rechtssphären	167
II. Arten der Zustimmung	168
1. Einwilligung	168
2. Genehmigung	168
3. Ermächtigung	169
a) Begriff	169
b) Einziehungsermächtigung	169
c) Verpflichtungsermächtigung	169
III. Verfügung eines Nichtberechtigten	169
1. Einwilligung des Berechtigten	169
2. Genehmigung des Berechtigten	170

6. Kapitel: Rechtsgeschäftliches Handeln für Dritte

§ 18 Die Stellvertretung	173
I. Funktionen der Stellvertretung	173
1. Delegation und Multiplikation	173
2. Handeln für nicht voll Geschäftsfähige	173
3. Korporations- und Gesellschaftsrecht	173
II. Die rechtliche Grundkonstellation	173
1. Die beteiligten Personen und ihre Rechtsbeziehungen	173
2. Die Wirkungsweise der Stellvertretung	174
a) Aktive Stellvertretung	174
b) Passive Stellvertretung	175
III. Arten der Stellvertretung	175
1. Gesetzliche Vertretung	175
2. Rechtsgeschäftliche Stellvertretung	175
3. Organschaftliche Vertretungsmacht	175

Inhaltsverzeichnis

XXV

4. Direkte und indirekte Stellvertretung	175
a) Direkte Stellvertretung	175
b) Indirekte Stellvertretung	176
IV. Ähnliche Erscheinungsformen	176
1. Zurechnungstatbestände im Rahmen des Schadenersatz- rechts	176
a) Erfüllungsgehilfe	176
b) Verrichtungsgehilfe	177
2. Stellvertreter und Bote	177
3. Stellvertreter und Besitzdiener	178
4. Der Treuhänder	178
5. Der Strohmann	178
V. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Stellvertretung	178
1. Zulässigkeit der Stellvertretung	178
2. Offenkundigkeit	179
a) Verpflichtung des Vertreters	179
b) „Geschäft für den, den es angeht“	179
c) Unternehmensbezogene Geschäfte	180
d) Handeln unter fremdem Namen	180
3. Vorliegen der „Vertretungsmacht“	181
4. Zurechnung subjektiver Komponenten	181
a) Grundsatz	181
b) Ausnahme	182
VI. Die rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht (Vollmacht)	182
1. Die Grundkonstellation	182
2. Erteilung der Vollmacht	182
3. Abstraktheit der Vollmacht	183
4. Form der Vollmachtserteilung	183
a) Grundsatz	183
b) Ausnahmen	183
5. Widerruf der Vollmacht	183
6. Arten der Vollmacht	184
a) Einzel- und Generalvollmacht	184
b) Einzel- und Gesamtvollemacht	184
c) Haupt- und Untervollmacht	184
d) Duldungs- und Anscheinsvollmacht	184
7. Erlöschen der Vollmacht	186
a) Erlöschen nach Innenverhältnis	186
b) Widerruf der Vollmacht	186
c) Rechtsscheintatbestände	186
d) Anfechtung der Vollmacht	186
§ 19 Vertretung ohne Vertretungsmacht	187
I. Das vom vollmachtlosen Vertreter abgeschlossene Rechtsgeschäft	188
1. Verträge	188
2. Einseitige Rechtsgeschäfte	188
3. Das Fehlen der Vertretungsmacht	188
II. Haftung des vollmachtlosen Vertreters	189
1. Inhalt des Anspruchs	189
a) Erfüllungsansprüche	189
b) Schadenersatzansprüche	189
2. Einschränkung der Haftung	189
a) Unkenntnis des Vertreters	189
b) Kenntnis des Dritten	189
c) Minderjährige	189

§ 20 Grenzen der Vertretungsmacht	190
I. Beschränkung der gesetzlichen Vertretungsmacht	190
1. Familiengerichtliche Genehmigung	190
2. Geschäfte mit Familienangehörigen	190
II. Missbrauch der Vertretungsmacht	191
1. Kollusion	191
2. Erkennbare Treuwidrigkeit	191
III. Verbot des In-Sich-Geschäfts	191
1. Grundkonstellation	191
a) Selbstkontrahieren	191
b) Doppelvertretung	191
2. Der Gesetzeszweck	192
3. Erlaubtes Selbstkontrahieren	192
a) Gestattung	192
b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	192
4. Rechtsfolgen des verbotenen Selbstkontrahierens	192
5. Selbstkontrahierungsverbot bei gesetzlicher Vertretung	193
6. Einschränkung des § 181 BGB durch die Rechtsprechung ..	193
7. Umgehungstatbestände	194
 Teil III: BGB – Allgemeines Schuldrecht	
§ 21 Funktionen und Systematik des Schuldrechts	195
I. Der Regelungsbereich des Schuldrechts	195
1. Das Schuldrecht als Rechtsgrundlage für den rechtsgeschäftlichen Güterverkehr	195
2. Das Schuldrecht als Rechtsgrundlage für den Personen- und Güterschutz	196
3. Das Schuldrecht als Ausgleichsordnung für unberechtigte Vermögensverschiebungen	196
4. Das Schuldrecht als Rechtsgrundlage für den Zusam- menschluss mehrerer zur gemeinsamen Zweckverfolgung	197
5. Schuldrechtliche Beziehungen außerhalb des Schuldrechts	197
II. Die Gesetzesystematik	197
 1. Kapitel: Begriff und Arten des Schuldverhältnisses	
§ 22 Das Wesen des Schuldverhältnisses	200
I. Begriff	200
1. Das Schuldverhältnis als Gesamtheit von Rechtsbeziehungen	200
2. Das Schuldverhältnis im engeren Sinne	200
3. Die Relativität schuldrechtlicher Beziehungen	201
4. Gegenseitige Leistungsverpflichtungen	201
5. Dauerschuldverhältnisse	202
II. Schuld und Haftung	202
1. Arten der Haftung	203
2. Haftung ohne Schuld	203
3. Schuld ohne Haftung	203
a) Verjährte Forderungen	203
b) Spiel, Wette und Ehemäkerlohn	203
III. Gefälligkeitsverhältnisse	203
IV. Anbahnung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch sozialen Kontakt	204
1. Dogmatische Grundlagen	204
2. Rechtsfolgen	204

§ 23 Arten der Schuldverhältnisse	205
I. Gesetzliche Schuldverhältnisse	207
1. Im Schuldrecht geregelte gesetzliche Schuldverhältnisse	207
a) Unerlaubte Handlung	207
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	207
c) Geschäftsführung ohne Auftrag	208
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	208
II. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse	208
1. Einseitige und zweiseitige Rechtsgeschäfte	208
2. Einteilung der vertraglichen Schuldverhältnisse nach dem Grade der gegenseitigen Verpflichtungsabhängigkeit	209
a) Einseitig verpflichtende Verträge	209
b) Unvollkommen zweiseitig verpflichtende Verträge	209
c) Gegenseitige Verträge	209
3. Faktische Vertragsverhältnisse	210
2. Kapitel: Inhalt des Schuldverhältnisses	
§ 24 Die Leistungspflicht	211
I. Pflichten im Schuldverhältnis	211
1. Die allgemeine Leistungspflicht	211
2. Leistung nach Treu und Glauben	211
a) Treupflichten	212
b) Schutzpflichten	212
c) Mitwirkungspflichten	212
d) Aufklärungspflichten	213
e) Störung („Wegfall“) der Geschäftsgrundlage	213
3. Obliegenheiten	214
II. Bestimmung des Leistungsinhalts	214
1. Der Normalfall	215
a) Bestimmmbarkeit der Leistung	215
b) Orientierung an der „Üblichkeit“	215
2. Leistungsbestimmung durch eine Vertragspartei	215
a) Die Bestimmung nach billigem Ermessen	216
b) Die Leistungsbestimmung	216
3. Bestimmung der Gegenleistung	216
4. Leistungsbestimmung durch Dritte	216
§ 25 Der Leistungsgegenstand	217
I. Stück- und Gattungsschulden	217
1. Die Stückschuld	217
2. Die Gattungsschuld	217
a) Begriff	217
b) Die beschränkte Gattungsschuld	218
c) Leistungspflicht bei Gattungsschulden	218
d) Die Konkretisierung der Gattungsschuld	218
e) Folgen der Konzentration	219
II. Die Wahlsschuld	220
1. Begriff	220
2. Anwendungsfälle	220
III. Die Ersetzungsbefugnis	220
1. Ersetzungsbefugnis des Gläubigers	220
2. Ersetzungsbefugnis des Schuldners	220
IV. Die Geldschuld	221
1. Begriffsbestimmungen	221
a) Geldsummenschulden	221

b) Geldsortenschulden	221
c) Geldwertschulden	221
d) Fremdwährungsschulden	221
e) Geldstücksschulden	222
f) Buchgeld	222
2. Wertsicherung von Geldschulden	222
V. Die Zinsschuld	222
1. Die Zinszahlungspflicht	223
2. Der Zinssatz	223
§ 26 Zeit und Ort der Leistung	225
I. Die Leistungszeit	225
1. Die regelmäßige Leistungszeit	225
a) Grundsatz	225
b) Gesetzliche Sonderregeln	226
2. Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung der Leistungszeit	226
a) Verzug	226
b) Fixgeschäfte	226
II. Der Leistungsort	227
1. Leistungs- und Erfüllungsort	227
a) Holschulden	227
b) Bringschulden	227
c) Schickschulden	228
2. Festlegung des Erfüllungsorts	228
a) Parteivereinbarung	228
b) Sonstige Indizien	228
c) Gegenseitige Verträge	229
d) Gesetzliche Auslegungsregel	229
e) Gesetzliche Sonderregeln	229
3. Bedeutung des Erfüllungsorts	229
a) Verzug	229
b) Konkretisierung	229
c) Gerichtsstand	230
d) Gefahrtragung	230
§ 27 Leistung durch Dritte	230
I. Die Zulässigkeit der Leistung durch Dritte	230
1. Grundsatz	230
2. Ausnahmen	231
3. Der Widerspruch des Schuldners	231
4. Rechtspolitische Würdigung	231
5. Bereicherungsrechtliche Konsequenzen	231
II. Ablösungsrecht nach § 268 BGB	231
1. Grundsatz	231
2. Rechtsfolgen	232
§ 28 Leistung an Dritte	232
I. Zustimmung zur Leistung an Dritte	232
II. Schuldnerschutzbestimmungen	232
1. Quittung	232
2. Schutz bei der Forderungsabtretung	233
3. Erbschein	233
§ 29 Der Vertrag zugunsten Dritter	233
I. Der Begriff des Vertrags zugunsten Dritter	234
1. Die beteiligten Personen	234
2. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	234
a) Deckungsverhältnis	234
b) Valutaverhältnis	234

II. Echter und unechter Vertrag zugunsten Dritter	235
1. Echter Vertrag zugunsten Dritter	235
2. Unechter Vertrag zugunsten Dritter	235
3. Abgrenzungskriterien	235
4. Die Erfüllungsübernahme	235
III. Rechte, Pflichten und Einwendungen beim Vertrag zugunsten Dritter	236
1. Die Rechtsstellung des Dritten	236
2. Rechtsstellung des Versprechensempfängers	237
3. Rechtsstellung des Versprechenden	237
4. Unzulässige Vertragsgestaltungen	237
a) Verfügungsverträge zugunsten Dritter	237
b) Verträge zu Lasten Dritter	237
IV. Der Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	238
1. Wesen des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	238
2. Voraussetzungen	239
a) Leistungsnähe	239
b) Schutzinteresse	239
c) Erkennbarkeit dieser Voraussetzungen für den Schuldner	239
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	239
3. Rechtsgrundlage	239
4. Anwendungsfälle	240
a) Mietverträge	240
b) Weitere Fälle	240
c) Produzentenhaftung	241
§ 30 Die Zurückbehaltung der Leistung	241
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht	241
1. Wesen und Bedeutung des Zurückbehaltungsrechts	241
a) Begriff	241
b) Bedeutung	242
2. Die Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts	242
a) Gegenseitigkeit	242
b) Fälligkeit	243
c) Konnexität	243
d) Zulässigkeit	243
3. Die Wirkung des Zurückbehaltungsrechts	244
a) Einrede	244
b) Verurteilung Zug-um-Zug	244
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages	244
1. Voraussetzungen	244
a) Gegenseitiger Vertrag	244
b) Synallagma	244
c) Fälligkeit	245
d) Keine Vorleistungspflicht	245
2. Wirkungen der Einrede des nicht erfüllten Vertrages	245
§ 31 Schadenersatz	245
I. Schadenersatz als Opferausgleich	246
II. Die haftungsbegründenden Tatbestände	247
III. Inhalt, Art und Umfang des Schadenersatzanspruches	248
1. Begriff des Schadens	248
2. Kausalität	248
3. Die Art des Schadens	248
a) Unmittelbarer und mittelbarer Schaden	248

b) Vermögensschaden und Nichtvermögensschaden	249
c) Erfüllungs- und Vertrauensschaden	249
d) Drittschaden	250
4. Art und Umfang des Schadenersatzanspruches	251
a) Grundsatz der Naturalrestitution	251
b) Schadenersatz in Geld	251
c) Einzelfälle der Schadensberechnung	252
IV. Verantwortlichkeit des Schädigers	255
1. Haftung für eigenes Verschulden	255
2. Haftung für fremdes Verschulden	256
V. Mitverschulden	257
1. Mitverschulden bei der Entstehung des Schadens	257
2. Mitverschulden bei der Entwicklung des Schadens	258
3. Einstehen für das Mitverschulden Dritter	258
4. Handeln auf eigene Gefahr	259
3. Kapitel: Beendigung des Schuldverhältnisses	
§ 32 Die Erfüllung	261
I. Leistungsbewirkung	261
1. Begriff der Erfüllung	261
2. Verrechnung bei mehreren Schuldverhältnissen	263
a) Bestimmung durch den Schuldner	263
b) Gesetzliche Tilgungsregel	263
3. Verpflichtungen des Gläubigers	263
a) Ausstellung einer Quittung	263
b) Rückgabe von Schuldscheinen	264
II. Leistung an Erfüllungs statt	264
1. Annahme an Erfüllungs statt	264
2. Annahme erfüllungshalber	264
a) Definition	264
b) Auslegung	264
§ 33 Erfüllungssurrogate	265
I. Die Hinterlegung	265
1. Begriff	265
2. Voraussetzungen der Hinterlegung	265
a) Hinterlegungsgründe	265
b) Hinterlegungsfähigkeit	266
3. Wirkungen der Hinterlegung	266
II. Die Aufrechnung	267
1. Sinn der Aufrechnung	267
2. Voraussetzungen der Aufrechnung	267
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	267
b) Gleichartigkeit der Forderungen	267
c) Fälligkeit der Gegenforderung	268
d) Einredefreiheit der Gegenforderung	268
e) Zulässigkeit der Aufrechnung	269
3. Die Wirkung der Aufrechnung	269
4. Die Aufrechnungserklärung	269
5. Privilegierung der Aufrechnung	270
III. Konfusion und Konsolidation	270
IV. Erlass	270
1. Erlassvertrag	270
2. Negatives Schuldnerkenntnis	270
3. Die Novation	271

V. Rücktritt und Kündigung	271
1. Der Rücktritt	271
a) Rücktrittsgründe	271
b) Wirkung des Rücktritts	272
2. Die Kündigung	272
VI. Vergleich	272
1. Begriff	272
2. Rechtsfolge	272
VII. Zweckerreichung	273

4. Kapitel: Leistungsstörungen im Schuldverhältnis

1. Unterkapitel: Die Voraussetzungen von Unmöglichkeit, Schuldnerverzug, Schlechtleistung und Gläubigerverzug

§ 34 Die Unmöglichkeit	277
I. Ursprüngliche Unmöglichkeit	279
1. Ursprüngliche objektive Unmöglichkeit	279
a) Begriff	279
b) Rechtsfolgen	279
2. Ursprüngliche subjektive Unmöglichkeit	282
a) Begriff	282
b) Rechtsfolgen	284
II. Nachträgliche Unmöglichkeit	284
1. Nachträgliche objektive Unmöglichkeit	285
2. Nachträgliche subjektive Unmöglichkeit	285
3. Rechtsfolgen	286
a) Schadenersatz statt der Leistung bzw. Aufwendungser-	
satz	286
b) Rücktritt	288
c) Herausgabe des Ersatzes	288
III. Die Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die Gegenleistung	289
1. Vom Schuldner zu vertretende Unmöglichkeit	289
a) Schuldner verliert den Gegenleistungsanspruch	289
b) Anspruch des Gläubigers bei nicht geschuldeter	
Gegenleistung	291
c) Schuldner behält den Gegenleistungsanspruch	291
2. Vom Gläubiger zu vertretende Unmöglichkeit	291
3. Weder vom Schuldner noch vom Gläubiger zu vertretende	
Unmöglichkeit	292
a) Schuldner verliert den Gegenleistungsanspruch	292
b) Anspruch des Gläubigers bei nicht geschuldeter	
Gegenleistung	292
c) Schuldner behält den Gegenleistungsanspruch	292
§ 35 Die Verzögerung der Leistung durch den Schuldner (Schuldnerverzug)	294
I. Begriff des Schuldnerverzugs	294
II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs nach	
§ 280 Abs. 1, 2 i. V. m. § 286 BGB	295
1. Voraussetzungen	295
a) Fälligkeit	296
b) Mahnung bzw. 30-Tages-Frist	296
c) Vertretenmüssen des Schuldners	297
2. Rechtsfolgen	297
a) Verzögerungsschaden	297
b) Verzugszinsen	298
c) Verschärfte Haftung	298

III. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Leistungsverzögerung nach § 280 Abs. 1, 3 i. V. m. § 281 BGB	299
1. Voraussetzungen	299
a) Pflichtverletzung	299
b) Verschulden	300
c) Fristsetzung	300
2. Rechtsfolgen	300
IV. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Leistungsverzögerung nach § 323 BGB	301
1. Voraussetzungen	301
a) Gegenseitiger Vertrag	301
b) Nichterbringung der fälligen Leistung	301
c) Fristsetzung	302
2. Rechtsfolgen	302
§ 36 Pflichtverletzungen im Schuldverhältnis – Die positive Vertragsverletzung	302
I. Geschichte, Voraussetzungen und Rechtsfolgen	303
1. Die positive Vertragsverletzung als Auffangtatbestand der Leistungsstörung	303
2. Vertretenmüssen	304
3. Rechtsgrundlagen	305
4. Rechtsfolgen	305
II. Voraussetzungen des Schadenersatzes wegen Pflichtverletzung	306
1. Schuldverhältnis	306
2. Pflichtverletzung	306
3. Vertretenmüssen	306
4. Zusätzliche Voraussetzungen	306
a) Verletzung von Nebenpflichten	307
b) Schlechtleistung	308
§ 37 Pflichtverletzungen durch Verschulden beim Vertragsschluss (<i>culpa in contrahendo</i>)	310
I. Haftungsgrundlagen	310
II. Erscheinungsformen	311
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	311
a) Grundloser Abbruch von Vertragsverhandlungen	311
b) Unredliche Einwirkung auf den Verhandlungspartner	312
c) Formnichtige Verträge	312
2. Vertragsanbahnungen mit besonderen Pflichten	312
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	313
III. Rechtsfolgen	313
1. Schadenersatz	313
2. Haftung für Dritte	313
3. Eigenhaftung Dritter	313
§ 38 Der Gläubigerverzug	315
I. Voraussetzungen	316
1. Ordnungsgemäßes Angebot	316
2. Erfüllbarkeit und Möglichkeit der Leistung	316
3. Nichtannahme der geschuldeten Leistung	317
II. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	317
1. Haftungserleichterungen	317
2. Gefahrübergang bei Gattungsschulden	318
3. Übergang der Preisgefahr bei gegenseitigen Verträgen	318
4. Weitere Folgen des Gläubigerverzugs	319
a) Hinterlegung	319
b) Ersatz von Mehraufwendungen	319

2. Unterkapitel: Die Rechtsfolgen von Leistungsstörungen

I. Rechtsfolge Schadenersatz im System der Leistungsstörungen..	320
1. Grundtatbestand des § 280 Abs. 1 BGB	322
a) Schuldverhältnis	322
b) Pflichtverletzung	322
c) Verschulden	323
2. Schadenersatz neben dem Leistungsanspruch	323
a) Verletzung einer Nebenpflicht	323
b) Schuldnerverzug nach § 280 Abs. 1, 2 i. V. m. § 286	323
3. Schadenersatz statt der Leistung	324
a) Schadenersatz wegen Leistungsverzögerung oder Schlechtleistung	324
b) Schadenersatz wegen Verletzung einer Nebenpflicht	325
c) Schadenersatz wegen Unmöglichkeit	325
d) Besonderheiten beim Schadenersatz wegen Pflichtverletzung	326
II. Rechtsfolge Rücktritt im System der Leistungsstörungen	327
1. Rücktritt bei Leistungsverzögerung und Schlechtleistung	327
2. Rücktritt bei Verletzung einer Nebenpflicht	328
3. Rücktritt bei Unmöglichkeit	328

5. Kapitel: Mehrheit von Schuldnern und Gläubigern im Schuldverhältnis

§ 39 Gläubigermehrheit	329
I. Teilgläubiger	329
1. Begriff	329
2. Rechtsfolgen	330
II. Gesamtgläubiger	330
1. Begriff	330
2. Rechtsfolgen	330
III. Gesamthandsgläubiger	331
1. Begriff	331
2. Rechtsfolgen	331
§ 40 Schuldnermehrheit	331
I. Teilschuldner	331
1. Begriff	331
2. Rechtsfolgen	332
II. Gesamtschuldnerschaft	332
1. Begriff	332
2. Anwendungsfälle	332
a) Unteilbare Leistung	332
b) Gesetzliche Regelung	332
c) Gemeinschaftliche Leistungsverpflichtung	333
3. Strukturelemente der Gesamtschuld	333
4. Rechtsfolgen	333
a) Stellung des Gläubigers	333
b) Schuldnerstellung	334

6. Kapitel: Gläubiger- und Schuldnerwechsel

§ 41 Die Forderungsübertragung	335
I. Wirtschaftliche Bedeutung	335
1. Rechtsgeschäftlicher Forderungsübergang	335
a) Die Zession als Erfüllung eines Kausalgeschäfts	335
b) Die Zession als Kreditgeschäft	335
2. Gesetzlicher Forderungsübergang	336
3. Forderungsübertragung durch Hoheitsakt	336

II. Voraussetzungen der Forderungsabtretung	336
1. Der Abtretungsvertrag	336
2. Die abzutretende Forderung	337
a) Kein gutgläubiger Erwerb	337
b) Künftige Forderungen	337
III. Übergang von Sicherungsrechten	337
IV. Schuldnerschutz	338
1. Einwendungserhalt	338
2. Befreiende Zahlung	339
a) Schuldnerschutz	339
b) Bereicherungsausgleich	339
3. Aufrechnungsanwartschaften	340
4. Handelsrechtlicher Sonderfall	340
§ 42 Die Schuldübernahme	341
I. Begriff und Erscheinungsformen	341
II. Zustandekommen der Schuldübernahme	342
1. Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer	342
2. Vertrag zwischen Alt- und Neuschuldner	342
a) Grundsatz	342
b) Übernahme einer Hypothekenschuld	343
III. Rechtsstellung des Übernehmers	344
IV. Erlöschen von Sicherungsrechten	344
V. Die Vermögensübernahme	344
1. Tatbestand der Vermögensübernahme	345
2. Haftungsbeschränkungen	345
3. Haftung bei Einzelgegenständen	345
VI. Die Vertragsübernahme	345
1. Durchführung der Vertragsübernahme	346
2. Rechtsfolgen	346
3. Der Betriebsübergang	346

Teil IV: BGB – Besonderes Schuldrecht

§ 43 Funktion und Systematik des Besonderen Schuldrechts	347
I. Der Regelungsbereich des Besonderen Schuldrechts	347
II. Vertragliche Schuldverhältnisse	348
1. Die Typologie des Gesetzgebers	348
2. Vertragsfreiheit im Schuldrecht	348
a) Gemischte Verträge	348
b) Verträge eigener Art	349

1. Kapitel: Veräußerungsverträge

§ 44 Der Kauf	351
I. Allgemeines zum Kaufvertrag	351
1. Wesensmerkmale	351
a) Gegenseitiger Vertrag	351
b) Der Kaufvertrag als Verpflichtungsgeschäft	351
c) Der Kauf als Kausalgeschäft	352
d) Anwendung der allgemeinen Vorschriften	352
e) Formvorschriften	353
2. Grundaussagen des Kaufrechts	353
a) Gegenseitige Hauptpflichten	353
b) Rechts- und Sachmängel	353

c) Die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen	354
d) Die Gefahrtragation	355
II. Typen des Kaufvertrags und verwandte Erscheinungsformen	356
1. Sach- und Rechtskauf	356
2. Stück- und Gattungskauf	356
3. Grundstücks- und Fahrniskauf	356
4. Kauf von Sach- und Rechtsgesamtheiten	357
5. Kauf zukünftiger Gegenstände	357
6. Mantelkauf	357
7. Kauf auf Kredit	357
a) Teilzahlungskäufe	357
b) Finanzierter Abzahlungskauf	358
8. Kauf unter Eigentumsvorbehalt	360
9. Der Vorkauf	361
10. Der Wiederkauf	363
11. Das Ankaufsrecht	363
12. Der Weiterverkauf	364
13. Das Streckengeschäft	364
14. Versendungskauf	365
15. Der Probekauf	365
16. Das Konditionsgeschäft	365
17. Der Lieferungskauf	365
18. Sukzessivlieferungsverhältnisse	366
19. Der Handelskauf	366
20. Die Versteigerung	366
21. Der Kauf im Fernabsatzhandel	367
22. Internet-Auktionen	367
23. Factoring	368
a) Echtes Factoring	368
b) Unechtes Factoring	368
24. Der Lizenzvertrag	368
25. Mietkauf und Leasing	368
26. Der „Schwarzkauf“	369
27. Das Kommissionsgeschäft	369
28. Der Selbsthilfeverkauf	369
29. Der Pfandverkauf	369
30. Der Deckungskauf	369
31. Der Verbrauchsgüterkauf	370
32. Internationale Kaufverträge	372
III. Pflichten der Kaufvertragsparteien	372
1. Pflichten des Verkäufers	373
a) Hauptpflichten	373
b) Nebenpflichten	376
2. Pflichten des Käufers	376
a) Hauptpflichten	376
b) Nebenpflichten	377
IV. Leistungsstörungen	377
1. Leistungsstörungen auf Seiten des Käufers	378
a) Verletzung der Zahlungspflicht	378
b) Verletzung der Abnahmeverpflichtung	379
2. Leistungsstörungen auf Seiten des Verkäufers	379
a) Unmöglichkeit	380
b) Verzug	386
c) Rücktritt vom Vertrag und Schadenersatz statt der Leistung	386

V. Die Sachmängelhaftung des Verkäufers	387
1. Haftung des Verkäufers bei Mängeln	388
a) Sachmängel	389
b) Rechtsmängel	391
c) Maßgeblicher Zeitpunkt	391
2. Ausschluss der Verkäuferhaftung	391
a) Kenntnis des Mangels	391
b) Öffentliche Versteigerung	392
c) Vertragliche Abweichungen	392
3. Die Rechte des Käufers	394
a) Nacherfüllung	394
b) Rücktritt vom Vertrag	396
c) Minderung	398
d) Schadenersatz (bzw. Aufwendungersatz)	399
e) Beschränkung der Käuferrechte bei lediglich unerheblichen Mängeln	401
4. Verjährung der Gewährleistungsansprüche	402
a) Die Verjährung nach allgemeinem Kaufrecht	402
b) Die Verjährung beim Verbrauchsgüterkauf	404
5. Konkurrenz der Gewährleistungsansprüche mit anderen Rechten des Käufers	405
a) Allgemeine Leistungsstörung	405
b) culpa in contrahendo	405
c) Verletzung von Nebenpflichten	405
d) Irrtumsanfechtung	405
e) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und rechtswidriger Drohung	406
f) Unerlaubte Handlung	406
g) Haftung des Herstellers	408
§ 45 Die Schenkung	409
I. Begriff und Wesensmerkmale der Schenkung	410
1. Begriff	410
2. Wesensmerkmale	410
II. Arten	410
1. Das Schenkungsversprechen	410
2. Handschenkung	410
3. Die gemischte Schenkung	410
4. Schenkung von Todes wegen	411
5. Die Schenkung unter Auflage	411
III. Die Form der Schenkung	411
1. Notarielle Beurkundung	411
2. Heilung des Formmangels	412
IV. Das Rechtsverhältnis zwischen Schenker und Beschenktem	412
1. Geminderte Haftung des Schenkers	412
a) Haftungsmaßstab	412
b) Gewährleistungsrechte	412
2. Rückforderung der Schenkung	412
a) Notbedarf	412
b) Grober Undank	413
2. Kapitel: Gebrauchsüberlassungsverträge	
§ 46 Die Miete	415
I. Begriff und Erscheinungsformen	415
1. Wesensmerkmale	415
2. Der Mietvertrag	415

a) Zustandekommen	415
b) Vertragsfreiheit	416
c) Allgemeine Geschäftsbedingungen	416
3. Erscheinungsformen	416
II. Rechte und Pflichten der Mietvertragsparteien	416
1. Pflichten des Vermieters	416
a) Gebrauchsüberlassung	416
b) Gebrauchserhaltungspflicht	417
c) Gebrauchsbelassungspflicht	418
d) Aufwendungsersatz	419
e) Allgemeine Treupflichten	419
2. Pflichten des Mieters	419
a) Mietzahlung	419
b) Nebenpflichten	420
III. Leistungsstörungen	420
1. Leistungsstörungen auf Seiten des Vermieters	421
a) Gleichstellung von Rechts- und Sachmängeln	421
b) Rechtsfolgen	421
2. Leistungsstörungen auf Seiten des Mieters	424
a) Zahlungsverzug	424
b) Vertragswidriger Gebrauch	424
c) Verzögerte Rückgabe	424
IV. Veräußerung der Mietsache	424
1. Veräußerung eines vermieteten Grundstücks	424
2. Veräußerung von beweglichen Sachen	424
V. Beendigung des Mietverhältnisses	425
VI. Das Leasing	426
1. Wesen des Leasings	426
2. Der Leasingvertrag	426
3. Arten des Leasings	426
a) Operating-Leasing	426
b) Finanzierungs-Leasing	427
§ 47 Sonstige Gebrauchsüberlassungsverhältnisse	428
I. Die Pacht	428
1. Wesensmerkmale	428
2. Erscheinungsformen	428
a) Allgemeines	428
b) Einzelfälle	428
3. Pflichten der Vertragsparteien	429
4. Rechtsgrundlagen	429
II. Die Leihe	429
1. Wesensmerkmale	429
2. Rechte und Pflichten	429
a) Pflichten des Verleiher	429
b) Pflichten des Entleiher	429
III. Das Darlehen	429
1. Das Gelddarlehen	430
a) Begriff	430
b) Typische Erscheinungsformen in der Finanzierungspraxis	430
c) Abschluss des Darlehensvertrags	431
d) Die Kündigung des Darlehens	431
e) Besonderheiten beim Verbraucherdarlehen	432
2. Das Sachdarlehen	433
a) Begriff	433
b) Kündigung	433

3. Kapitel: Dienstleistungen

§ 48 Der Dienstvertrag	436
I. Begriff	436
1. Wesensmerkmale	436
2. Regelungsbereich der §§ 611 ff. BGB	436
3. Abgrenzungsfragen	436
a) Selbstständige Dienstleistungen	436
b) Geschäftsbesorgungsverhältnisse	437
II. Rechte und Pflichten im Dienstvertrag	437
1. Pflichten des Dienstpflichtigen	437
a) Dienstleistung	437
b) Nebenpflichten	437
2. Pflichten des Dienstberechtigten	438
a) Vergütungspflicht	438
b) Nebenpflichten	438
III. Leistungsstörungen	438
1. Unmöglichkeit	438
2. Gläubigerverzug	439
3. Arbeitsrechtliche Besonderheiten	439
4. Innerbetrieblicher Schadensausgleich	439
IV. Beendigung des Dienstverhältnisses	441
1. Ordentliche Kündigung	441
2. Außerordentliche Kündigung	441
3. Anfechtung	441
4. Zeugnispflicht	441
§ 49 Der Werkvertrag	442
I. Begriff	442
1. Wesensmerkmale	442
2. Problematische Einzelfälle	443
a) Architektenvertrag	443
b) Arztvertrag	443
c) Bauvertrag	444
d) Beförderungsvertrag	444
e) EDV-Bereich	444
f) Fertighausvertrag	444
g) Gutachten	444
h) Ingenieurvertrag	444
i) Lieferung mit Montage	444
j) Steuerberatung	444
k) Energielieferungsvertrag	444
l) Kfz-Inspektion	444
II. Anwendung des Kaufrechts trotz Werkvertragscharakter („Werklieferungsvertrag“)	445
1. Herstellung bzw. Erzeugung einer vertretbaren Sache	445
2. Herstellung bzw. Erzeugung einer nicht vertretbaren Sache	446
III. Rechte und Pflichten aus dem Werkvertrag	446
1. Pflichten des Unternehmers	446
a) Hauptpflichten	446
b) Nebenpflichten	446
2. Pflichten des Bestellers	447
a) Vergütungspflicht	447
b) Abnahmepflicht	448
3. Kündigung vor Vollendung des Werks	449

IV. Leistungsstörungen	449
1. Unmöglichkeit	449
a) Gefahrübergang bei Abnahme	449
b) Gefahrübergang bei Annahmeverzug	449
c) Gefahrübergang bei Versendung	449
d) Vollendung statt Abnahme	450
2. Verzögerung der Leistung durch den Unternehmer	450
a) Erfüllungsanspruch	450
b) Anspruch auf Schadenersatz	450
c) Rücktritt vom Vertrag	450
3. Haftung des Unternehmers für Mängel	451
a) Umfang der Gewährleistungshaftung	451
b) Rechte des Bestellers	452
4. Verjährung	454
§ 50 Sonstige Dienstleistungsverhältnisse	456
I. Der Auftrag	456
1. Begriff	456
2. Bedeutung des Auftragsrechts	457
3. Rechte und Pflichten aus dem Auftrag	457
a) Pflichten des Beauftragten	457
b) Pflicht des Auftraggebers zum Aufwendungs-ersatz	457
II. Der Geschäftsbesorgungsvertrag	458
III. Die Verwahrung	458
1. Grundtypus	458
2. Unregelmäßige Verwahrung	458
IV. Der Mäklervertrag	459
1. Wesensmerkmale	459
a) Gegenstand des Mäklervertrags	459
b) Abgrenzungsfragen	459
2. Rechte und Pflichten	459
a) Mäklerlohn	459
b) Besonderheiten beim Ehemäklerlohn	459
c) Besonderheiten bei der Darlehensvermittlung	460

4. Kapitel: Sonstige Leistungsversprechen

§ 51 Die Bürgschaft	461
I. Begriff	461
1. Definition	461
2. Erscheinungsformen und Abgrenzungsfragen	462
3. Spezielle Erscheinungsformen	462
a) Nachbürgschaft	462
b) Rückbürgschaft	463
4. Der Bürgschaftsvertrag	463
a) Formbedürftigkeit	463
b) Sittenwidrigkeit	463
II. Die Rechtsstellung des Bürgen	464
1. Bürgeneinreden	464
a) Einreden des Hauptschuldners	464
b) Leistungsverweigerung bei Anfechtungs- bzw. Aufrechnungsmöglichkeit des Hauptschuldners	465
c) Einrede der Vorausklage	465
2. Regressansprüche	465

§ 52 Schuldverhältnisse zur Klarstellung von Verbindlichkeiten	466
I. Der Vergleich	466
1. Begriff	466
a) Definition	466
b) Voraussetzungen	466
2. Rechtsfolgen	466
a) Außerstreichstellung	466
b) Vergleich und früheres Schuldverhältnis	467
c) Irrtum über die Vergleichsgrundlage	467
d) Irrtum über streitige Umstände	467
II. Schuldversprechen und Schuldnerkenntnis	467
1. Wesensmerkmale	468
a) Begriff	468
b) Abstraktheit der Verpflichtung	468
2. Schriftform	468
§ 53 Gewagte Verträge	469
I. Spiel und Wette	469
II. Auslobung	469
§ 54 Wertpapierrechtliche Grundformen	470
I. Die Anweisung	470
II. Schuldverschreibung auf den Inhaber	471
5. Kapitel: Gesetzliche Schuldverhältnisse	
§ 55 Die Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	472
I. Begriff und Wesen der Geschäftsführung ohne Auftrag	473
1. Wesensmerkmale	473
2. Abgrenzung	473
3. Regelungsbereich	474
II. Die berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	474
1. Voraussetzungen	474
2. Rechtsfolgen	475
a) Pflichten des Geschäftsführers	475
b) Pflichten des Geschäftsherrn	476
III. Unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	476
1. Kennzeichen	476
2. Rechtsfolgen	476
IV. Eigengeschäftsführung	477
1. Kennzeichen	477
2. Rechtsfolgen	477
V. Die Geschäftsanmaßung	477
1. Kennzeichen	477
2. Rechtsfolgen	477
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	477
b) Ansprüche des Geschäftsführers	478
§ 56 Die ungerechtfertigte Bereicherung	478
I. Überblick	480
1. Grundelemente des Bereicherungsanspruchs	480
2. Systematik des Bereicherungsrechts	480
a) Die verschiedenen Anspruchsgeschäfte	480
b) Ausschluss und Umfang des Bereicherungsanspruchs	481
II. Fälle der Leistungskondiktion	481
1. Die Bereicherung des Schuldners	481
a) Erwerb von Rechten	481

Inhaltsverzeichnis

XLI

b) Erlangung des Besitzes	481
c) Erlangung von Gebrauchsvorteilen	481
d) Befreiung von Verbindlichkeiten	481
2. Die Leistung des Gläubigers	482
3. Der Mangel des rechtlichen Grundes	482
a) Leistung ohne rechtlichen Grund	482
b) Leistung bei Nichteintritt des bezeichneten Erfolges	483
c) Leistung bei später weggefallenem Rechtsgrund	483
d) Leistung bei verwerflichem Zweck	484
III. Kondiktion in sonstiger Weise	484
1. Fälle der Eingriffskondiktion	485
a) Die Eingriffskondiktion i. e. S.	485
b) Rückgriffskondiktion	485
c) Verwendungskondiktion	485
2. Verfügung eines Nichtberechtigten	485
3. Leistung an einen Nichtberechtigten	487
IV. Umfang der Herausgabepflicht	488
1. Anspruch auf Herausgabe	488
a) Herausgabe des Erlangten	488
b) Herausgabe von Nutzungen	488
c) Herausgabe von Surrogaten	488
2. Anspruch auf Wertersatz	489
3. Wegfall der Bereicherung	489
a) Grundsatz	489
b) Ersparnis von Aufwendungen	489
c) Gegenseitiger Vertrag	489
d) Verschärftete Bereicherungshaftung	490
4. Herausgabepflicht Dritter	491
§ 57 Die unerlaubte Handlung	492
I. Übersicht	493
1. Die Gesetzeszusammenfassung	493
2. Haftpflichttatbestände außerhalb des BGB	493
3. Grundstruktur des Deliktanspruchs	493
4. Anspruchskonkurrenz	495
II. Schadenersatzansprüche aus Verletzung absoluter Rechte	495
1. Die schädigende Handlung	495
a) Positives Tun	495
b) Unterlassen	495
2. Die geschützten Rechtsgüter	496
a) Absolute Rechte	496
b) Sonstige Rechte	496
c) Das Vermögen	499
III. Verstoß gegen Schutzgesetze	499
1. Verletzung eines Schutzgesetzes	500
2. Kausalität	500
3. Rechtswidrigkeit	500
4. Verschulden	500
IV. Sittenwidrige Schädigungen	500
1. Bedeutung des § 826 BGB	500
2. Sittenwidrigkeit der Schädigung	501
a) Verleiten zum Vertragsbruch	501
b) Sittenwidriges Verhalten im Wettbewerb	501
c) Sittenwidriges Verhalten bei Vertragsabschluss	501
V. Die Geschäftsherrhaftung	501
1. Haftungsvoraussetzungen	502

a) Bestellung zu einer Verrichtung	502
b) Weisungsgebundenheit	502
c) Rechtswidrige Schadenszufügung	502
d) Schadenszufügung in Ausführung der Verrichtung	503
2. Haftungsausschluss	503
a) Verschulden	503
b) Kausalzusammenhang	503
3. Übernahme der Geschäftsherrverantwortlichkeit	505
VI. Die Produzentenhaftung	505
1. Ausgangspunkt	505
2. Haftung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch	506
a) Verletzung vertraglicher Pflichten	506
b) Vertrauenshaftung	506
c) Deliktische Ansprüche	506
3. Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz	507
a) Der Haftungstatbestand	507
b) Die Haftpflichtigen	508
c) Ausschluss und Minderung der Haftung	509
d) Die Beweislastverteilung	509
e) Umfang und Art des Ersatzes	510
f) Verjährung und Erlöschen des Anspruchs	510
g) Unabdingbarkeit	510
h) Verhältnis zu anderen Haftungstatbeständen	510
VII. Spezielle Deliktstatbestände	511
1. Kreditgefährdung	511
2. Haftung für Tiere	511
a) Allgemeine Tierhalterhaftung	511
b) Haftung für Nutztiere	511
3. Gebäudehaftung	512
4. Amtshaftung	512
a) Regelung nach BGB	512
b) Öffentlich-rechtliche Überlagerung	512
c) Umfang des Amtshaftungsanspruchs	513
5. Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	513
6. Haftung des Aufsichtspflichtigen	513
7. Die Billigkeitshaftung	514
8. Die Haftung des Kraftfahrzeughalters	514
a) Der Haftpflichtige	514
b) Haftpflichttatbestände	515
c) Die Anspruchsberechtigten	515
d) Ausschluss der Haftung	515
e) Haftungshöchstsummen	516
VIII. Ergänzende Vorschriften	516
1. Umfang des Schadenersatzanspruchs	517
a) Erwerbsnachteile	517
b) Verrentung des Schadenersatzanspruchs	517
c) Schmerzensgeldanspruch	517
2. Ersatzberechtigung mittelbar Geschädigter	517
3. Mehrere Schädiger	517
a) Mittäter und Beteiligte	518
b) Kausalitätsvermutung	518
c) Gesamtschuldner	518
4. Verjährung	518
IX. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	519

Teil V: BGB – Sachenrecht**1. Kapitel: Allgemeine Lehren**

§ 58 Der Regelungsbereich des Sachenrechts	521
I. Funktionen des Sachenrechts	521
II. Dogmatische Grundstrukturen im Sachenrecht	521
III. Der gegenständliche Bereich des Sachenrechts	521
IV. Das dingliche Recht	523
1. Wesen des dinglichen Rechts	523
2. Numerus clausus dinglicher Rechte	523
a) Typenzwang	523
b) Typenfixierung	523
c) Konsequenzen	523
V. Ergänzungen und Überlagerungen des Sachenrechts durch Sondergesetze	523
§ 59 Grundprinzipien des Sachenrechts	524
I. Das Spezialisprinzip	524
II. Das Absolutheitsprinzip	525
III. Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip	525
1. Die Fehleridentität	526
2. Der Bedingungszusammenhang	526
3. Die Geschäftseinheit	526
IV. Das Publizitätsprinzip	526
V. Der Gutgläubenserwerb	527

2. Kapitel: Besitz und Eigentum

§ 60 Der Besitz	529
I. Wesen und Funktionen des Besitzes	529
1. Begriff	529
2. Funktionen	529
a) Eigentumsvermutung	529
b) Übertragungsfunktion	529
c) Gutgläubensfunktion	530
II. Erscheinungsformen des Besitzes	530
1. Unmittelbarer und mittelbarer Besitz	530
a) Unmittelbarer Besitz	530
b) Mittelbarer Besitz	530
2. Allein- und Mitbesitz	532
a) Alleinbesitz	532
b) Mitbesitz	532
3. Voll- und Teilbesitz	532
4. Eigen- und Fremdbesitz	533
a) Eigenbesitzer	533
b) Fremdbesitzer	533
5. Erbenbesitz	533
6. Der Besitzdienner	533
III. Erwerb und Verlust des Besitzes	534
1. Erwerb	534
a) Unmittelbarer Besitz	534
b) Mittelbarer Besitz	534
2. Verlust	534
a) Unmittelbarer Besitz	534
b) Mittelbarer Besitz	535

IV. Der Schutz des Besitzes	535
1. Verbogene Eigenmacht	535
2. Rechtsfolgen	535
a) Selbsthilfe des Besitzers	535
b) Verfolgungsrecht	535
c) Klagemöglichkeiten	535
d) Sonstige Ansprüche	536
§ 61 Inhalt und Schutz des Eigentums	537
I. Inhalt des Eigentums	537
1. Erscheinungsformen	537
a) Allein- und Miteigentum	537
b) Treuhandeigentum	537
2. Verfügungsfreiheit	538
3. Schranken	538
II. Schutz des Eigentums	539
1. Eigentumsentziehung	539
2. Eigentumsstörung	540
a) Begriff des Störs	541
b) Rechtswidrigkeit der Störung	542
III. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis (EBV)	542
1. Die Vindikationslage als Voraussetzung	543
2. Die Privilegierung des redlichen Besitzers	543
3. Die Pflichten des unredlichen Besitzers	544
a) Persönlicher Regelungsbereich	544
b) Sachlicher Regelungsbereich	544
4. Verwendungersatz	545
5. Verhältnis zu anderen Ansprüchen	545
§ 62 Der rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb	546
I. Eigentumserwerb vom Berechtigten	546
1. Eigentumserwerb an beweglichen Sachen	547
a) Einigung und Übergabe	547
b) Übereignung „kurzer Hand“	548
c) Ersatz der Übergabe durch Besitzkonstitut	548
d) Ersetzung der Übergabe durch Abtretung des Herausgabeanspruchs	549
2. Eigentumserwerb an Grundstücken	550
a) Die Auflassung	550
b) Die Grundbucheintragung	550
c) Sicherungen des Eigentumserwerbs	551
II. Eigentumserwerb vom Nichtberechtigten	552
1. Gutgläubiger Eigentumserwerb an beweglichen Sachen	552
a) Guter Glaube	553
b) Die Besitzerlangung	553
c) Abhanden gekommene Sachen	555
2. Gutgläubiger Eigentumserwerb an Grundstücken	555
3. Interessenausgleich durch die ungerechtfertigte Bereicherung	556
§ 63 Sonstige Formen des Eigentumserwerbs	556
I. Aneignung herrenloser Sachen	556
II. Eigentumserwerb durch Ersitzung	557
1. Ersitzung beweglicher Sachen	558
2. Buchersitzung	558
III. Eigentumserwerb durch Verbindung, Vermischung und Verarbeitung	558

Inhaltsverzeichnis

XLV

1. Verbindung	558
a) Verbindung mit einem Grundstück	558
b) Verbindung mit beweglichen Sachen	558
2. Vermischung	559
3. Verarbeitung	559
4. Bereicherungsausgleich	560
IV. Eigentumserwerb bei gefundenen Sachen	560
V. Eigentumserwerb durch Hoheitsakt	560
VI. Eigentumserwerb durch Surrogation	561
VII. Fruchterwerb	561
1. Erwerb durch den Eigentümer	561
2. Erwerb durch den Nutzungsberechtigten	561
VIII. Eigentumserwerb durch Gesamtrechtsnachfolge	562
IX. Eigentumserwerb an Schuldurkunden	562
X. Eigentumserwerb durch Inventareinverleibung	562
3. Kapitel: Sonstige dingliche Rechte	
§ 64 Allgemeine Regeln	563
I. Wesensmerkmale	563
II. Rangsicherung dinglicher Rechte	563
III. Katalog beschränkter dinglicher Rechte	565
1. Bewegliche Sachen	565
2. Grundstücke	565
IV. Erbbaurecht und Wohnungseigentum	565
1. Das Erbbaurecht	565
2. Das Wohnungseigentum	566
a) Rechtsgrundlage	566
b) Grundstrukturen	566
§ 65 Nutzungsrechte	567
I. Der Nießbrauch	567
1. Begriff	567
2. Bestellung des Nießbrauchs	567
3. Rechtsstellung des Nießbrauchers	568
II. Dienstbarkeiten	568
1. Die Grunddienstbarkeit	568
a) Begriff	568
b) Wirtschaftliche Bedeutung	569
2. Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit	569
§ 66 Sicherungsrechte	570
I. Einteilung der verschiedenen Sicherungsmittel	570
1. Person des Kreditgebers	570
a) Geldkredit	570
b) Warenkredit	571
2. Einteilung nach den eingesetzten Sicherungsmitteln	571
a) Pfandrechte an beweglichen Sachen	571
b) Pfandrechte an Rechten	571
c) Pfandrechte an Grundstücken	571
3. Einteilung der Pfandrechte nach dem Entstehungsgrund	572
a) Rechtsgeschäftliche Pfandrechte	572
b) Gesetzliche Pfandrechte	572
c) Pfändungspfandrechte	573
4. Atypische Sicherungsrechte	575
II. Die Grundpfandrechte	575
1. Die Hypothek	577

a) Begriff	577
b) Haftung des Grundstücks	577
c) Bestellung der Hypothek	577
d) Erscheinungsformen	577
e) Verwertung der Hypothek	579
f) Übertragung der Hypothek	580
g) Erlöschen der Hypothek	581
2. Die Grundschuld	581
a) Begriff	582
b) Erscheinungsformen	582
c) Risikobegrenzung bei Grundschuldabtretung	583
d) Rechtliche Behandlung der Grundschuld	584
3. Die Rentenschuld	584
III. Das Pfandrecht an beweglichen Sachen	585
1. Begriff	585
2. Die Bestellung des Pfandrechts	585
3. Verwertung des Pfands	585
IV. Das Pfandrecht an Rechten	585
1. Bestellung	586
2. Wirtschaftliche Bedeutung	586
V. Die Sicherungsübereignung	586
1. Ausgangspunkt	586
2. Terminologie	586
3. Das Rechtsverhältnis zwischen Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer	586
a) Übereignung durch Besitzkonstitut	586
b) Sicherungsabrede	587
4. Schutz gegenüber Zwangsvollstreckungshandlungen Dritter	587
5. Die Verwertung des Sicherungsguts	588
VI. Die Sicherungsabtretung	589
1. Ausgangssituation	589
2. Arten der Sicherungsabtretung	589
a) Abtretung bestehender und künftiger Forderungen	589
b) Globalzession	589
c) Mantelzession	590
3. Das Rechtsverhältnis unter den Beteiligten	590
4. Zulässigkeitsgrenzen der Sicherungsabtretung	590
VII. Der Eigentumsvorbehalt	590
1. Ausgangssituation	590
2. Eigentumsvorbehalt als bedingte Übereignung	590
3. Rechtsstellung des Verkäufers	591
4. Rechtsstellung des Käufers	591
5. Sonderformen des Eigentumsvorbehalts	592
a) Kontokorrentvorbehalt	592
b) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	592
Sachverzeichnis	595